

Peter Schyga

Rechtsextremismus und das Verschwinden der politischen Öffentlichkeit in Deutschland – einige Bemerkungen.

Dieser Aufsatz ist die leicht redigierte und erweiterte Fassung des Vortrags v. 11. Okt. 2006

Lassen Sie mich meinen Beitrag mit einer vielleicht überpointiert anmutenden Beobachtungen der letzten Zeit beginnen:

Bei der Recherche zu dieser Veranstaltung habe ich das Handbuch der Abgeordneten des Niedersächsischen Landtags bemüht: 1996 erschienen, herausgegeben vom Präsidium unter Horst Milde, also ein offizielles Dokument niedersächsischer parlamentarischer Demokratie. Nach diesem Dokument hat *kein* Abgeordneter vor 1946 *politisch* agiert.¹ (Die Nazivergangenheit so mancher Volksvertreter existiert einfach nicht -- auch nicht die von Hermann Ahrens, von Beruf Chausseewärter, vor 1933 NSDAP-Geschäftsstellenleiter in Goslar, dann Bürgermeister in Watenstedt-Salzgitter und damit mitverantwortlich für das größte Zwangsarbeiterlager in Niedersachsen, der Reichswerke Hermann Göring. Ahrens brachte es dann als Vorsitzender des BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) und Abgeordneter in die Ministerregie des niedersächsischen Landtags und als Abgeordneter in den Bundestag. Teilnehmer des Treffens in Harzburg war er natürlich auch.

Nun bin ich ja seit den Anfängen meiner politischen Sozialisation von vor über 30 Jahren solch Verstümmeln von Wahrheit gewohnt, auch ohne mich daran gewöhnt zu haben. Der Moment dieser Entdeckung hat mich mal wieder an das Wort vom „feinen Schweigen“ erinnert. So nannte Fritz Stern, aus Deutschland vertriebener Jude und in den USA lebender und lehrender Historiker, diese Art des Übersehens, Wegschauens, des Tilgens von Wahrheit, der Abkehr von Wahrhaftigkeit. Und er meinte: „Die Passivität, das Schweigen der Anständigen waren für den Erfolg des Nationalsozialismus mindestens ebenso wichtig wie das Brüllen der Begeisterten.“²

Ich denke jetzt überhaupt nicht daran, gestanzte Analogien zwischen damals und heute herzustellen – das wäre völlig abwegig.

Die deutsche Mitte

Doch ein wenig Nachdenken über den Zustand unserer politischen Kultur im Zusammenhang mit unübersehbaren Erfolgen der Neonazis scheint mir angebracht. Dies auch vor dem Hintergrund zweier Ende des Jahres 2006 erschienener umfangreicher Studien zu „Deutschen Zustände“ und zu Wurzeln des Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft. Um diese in

drei Sätzen zusammenzufassen: Es gibt unter der deutschen erwachsenen Bevölkerung ein beträchtliches Potential an Menschen, die mit dem Zustand unserer Demokratie unzufrieden sind – das ist mehr als verständlich und nachvollziehbar. Doch daraus zieht ein erheblicher Teil mehr oder minder die Konsequenz, sich nach einer Volksgemeinschaft mit starkem Führer zu sehnen. Dort in der politischen Mitte der Republik schlummert das Potenzial des Rechtsextremismus.³

Mir scheint daraus zu folgen, dass die Gefahr der neuen radikalen und extremen Rechten aus den Defiziten der politischen Diskurskultur in unserem Lande herrührt, weil - man denke nur an das alles- und nichtssagende Stichwort Politikverdrossenheit – demokratischer Diskurs in weiten Teilen der Mitte unserer Gesellschaft auf Abwege gerät. Dass rechtsextreme Strategie, Taktik, Ideologie erforscht, enthüllt und öffentlich eingedämmt werden muss, darüber lässt sich oft schnell Einigkeit erzielen. Nur scheint mir die Fokussierung auf ihre Bekämpfung und die so genannte Aufklärung über den subversiven, menschen- und demokratieverachtenden Charakter rechtsextremer Gruppierungen höchst eindimensional und letztlich dauerhaft wenig erfolgsversprechend. Die Berichte der Organisationen, die sich dieser Aufgabe widmen, erzählen immer wieder von den besonderen Schwierigkeiten im Kampf gegen diese politischen Organisationen, die wie eine Sekte hierarchisch, autoritäts- und führerfixiert, ideologisch verbohrt kaum zu knacken ist. Dass diese Arbeit getan werden muss steht außer Zweifel.⁴ Doch es gehört wesentlich mehr dazu, um mit diesen politischen Strömungen fertig zu werden. Es geht, darum die Freiheit des politischen Raumes zu nutzen, um eine demokratische Öffentlichkeit zu rekonstruieren.

Der politische Raum

Denn mir scheint unser gegenwärtiges Verhalten im öffentlichen Raum, in dem der Mensch politisches und handelndes Wesen der res publica, der republikanisch-demokratischen Verfasstheit des Gemeinwesens ist, bedenkenswert zu sein.

Wer heute zumindest eine Tageszeitung liest, ein wenig diese und jene Informationssendung im Fernsehen verfolgt und nicht vollständig ignorant durch die Gegend läuft, wird mehr als eine ungefähre Ahnung haben, wie diese radikal antirepublikanische politische Strömung hier in der Bundesrepublik auftritt. Obwohl wir das wissen, obwohl – wie die Vergewisserung der Ereignis im Oktober 1931 bestätigt – dies Auftreten nun keineswegs ein neues Phänomen jüngerer deutscher Geschichte ist, macht sich eine gewisse Hilflosigkeit denen gegenüber breit.

Wir werden allerorten konfrontiert mit hilf- und ratlos wirkenden Erklärungs- und Analysemustern durch Politik, Medien und leider auch Teilen der politischen Wissenschaft angesichts der Ausbreitung national befreiter Zonen, der Wahlzustimmung nicht zu ignorierender Teile der Bevölkerung für diese politische Strömungen, angesichts ihrer Akzeptanz oder, wie man so unbedacht und beiläufig sagt, ihr *Ankommen* in der Mitte der Gesellschaft.

Nur - sie kommen nicht nur an, sie werden *aufgenommen*. Diese Wortwahl drückt schon mal einen gewaltigen Unterschied und keine semantische Spitzfindigkeit aus. Ankommen könnten sie auch an einem Abgrund der Nichtwahrnehmung, der Verachtung, Isolierung, der jeden weiteren Schritt für zu unersprießlich, frustrierend auch gefährlich erscheinen ließe. Dass dies nicht der Fall ist, muss uns zu denken geben. Diese Strömungen können öffentlichen Raum besetzen, sie können ihn deshalb in Beschlag nehmen, weil ihnen Platz gemacht wird.

Aus Schusseligkeit vertraut man dem einen die Leitung eines Heimatvereins an, aus Bequemlichkeit scheut mancher den heftigen Disput. Ohne dass wir bei uns selbst nachhaken, können die Begriffe wie „Fremd“, „deutsche Schicksalsgemeinschaft“, „deutsche Heimat“ auch „Zionismus“ besetzen besetzt werden, ohne dass deren ausgrenzender Charakter auch nur problematisiert wird. Mit klammheimlicher oder offener Zustimmung wird die Ablehnung von nicht weißhäutigen Menschen und unbekanntem Sitten, Gebräuchen, Lebenseinstellungen geteilt – wenn sie in Deutschland und nicht am Ferienreisziel praktiziert werden. Oder man denke im Zusammenhang mit dem Wort Heimat nur an den Begriff des *Nestbeschmutzers*. Wie schnell ereilt einen dieser Bannstrahl der Ausgrenzung und Verachtung, wenn man lieb gewonnene Bilder von idyllischer Vergangenheit und Gegenwart auch nur vervollständigt. Modernes Teeren und Federn lässt die politische Mainstream-Öffentlichkeit denen angedeihen, die darüber hinaus kritisieren. US-Amerikaner, die sich gegen den Irakkrieg äußerten, wurden aus der Gemeinschaft der Patrioten ausgestoßen – so ungefähr das Schlimmste, was einem US-Bürger gesellschaftlich widerfahren kann. Im kleinräumigen Maßstab einer Region, eines Orts geschieht so etwas ständig – ich weiß, wovon ich rede.

Das gefährliche an solchem Umgang mit eigenen Identitäten liegt darin, dass genau hier dem Rechtsextremismus eine offene Flanke – nämlich die der Intoleranz und Ausgrenzung – geboten wird. Denn dort setzt er an: an Volksvorurteilen, Bildern, Mythen, die zum täglichen Leben einer Gemeinschaft gehören, die zu einer nicht mehr diskutablen Wirklichkeit mutiert sind.

Es scheint mir logisch: Eingelassen werden in die diffuse Mitte der Gesellschaft können die erklärten Feinde der demokratischen Republik nur, wenn Einlasspforten existieren und diese nicht gesichert sind. Wir müssen diese immer wieder ausfindig machen und schließen.

Um im Bild und beim Thema der Veranstaltung zu bleiben, vergewissern wir uns der bekannten historischen Einfallstore, die es allesamt heute *nicht* mehr gibt:

1. Es gibt hier keinen Bürgerkrieg
2. Es gibt republikanisch gefestigte Institutionen: Justiz, Gewaltapparat, Parlamente, Bildungseinrichtungen
3. Es gibt die feste Einbindung der Bundesrepublik ins westliche Wertesystem
4. Es gibt hier - keine militaristisch revanchistischen Massenbewegungen:
5. Es gibt (noch) keine rassistischen oder antisemitischen Massenbewegungen
6. Die Sozialverpflichtung unseres Grundgesetzes hat – vielleicht muss man sagen bislang und beschönigen will ich an heutigen sozialen Zuständen öffentlicher und privater Armut gar nichts – die Politik davon abgehalten, in der Zeit permanenter Konjunkturschwäche, wie die seit Jahren andauernde ökonomisch Krise euphemistisch genannt wird, massenweise Pauperismus zuzulassen
7. Es gibt in den zugänglichen Massenmedien bei allem Trash, der einem geboten wird, kein antirepublikanisch-antidemokratisches, offen rassistisches Programm.

Diese Aufzählung nennt gesellschaftliche Räume und Foren, in denen um politische Macht gerungen wird. In der Weimarer Republik wurden diese Räume massiv von Feinden der Republik besetzt.

Es lässt sich also mit Blick auf Heute konstatieren: der Raum öffentlicher Freiheit wird gegenwärtig (noch) vom Grundkonsens dieser Gesellschaft über unseren in mühsamer Überzeugungs- und Lernarbeit errungenen normativen Wertekatalog der Grundrechte und Pflichten der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger beherrscht. Das ist erstmal ziemlich ermutigend. Doch - und diese nicht unerhebliche Einschränkung sollte hinzugefügt werden:

Dieser Grundkonsens ist immer latent gefährdet und zwar *nicht* in erster Linie durch eine mehr oder minder große Anzahl von Menschen, die diesen Konsens verlassen - die gibt es immer und in jedem Land. Politikwissenschaftler schätzen das Potenzial in der EU auf etwa 15 bis 20 Prozent der Wahlbevölkerung, also eine veritable Minderheit.

Demokratiepflege

Der politische Raum wird durch die Art und Weise, wie wir uns selbst dieser Werte immer wieder in politischer Praxis versichern - oder eben nicht - gefährdet. Wie wir mal schleichend,

mal lautstark rumpelnd den Raum öffentlicher Freiheit verengen, seine Wirkung schmälern, ja ihn für alle möglichen narzisstischen Selbstversuche dekonstruieren, ihn zum Hype, Event, zum intellektuellen Sumpf verkommen lassen, in dem Beliebigkeit und Voluntarismus Alles, Präzision des Denkens und der Sprache - man sagt dazu Wahrhaftigkeit - immer Weniger bedeutet, gibt Anlass zur Sorge. Politik ist eigentlich mehr als Power Point Präsentation von Sprechblasen im Scheinwerferlicht irgendwelcher Fernsehstudios.

Sorge macht die intellektuelle Selbstgenügsamkeit, lässige Beschränktheit, fahrlässige Unaufmerksamkeit, mit der wir uns den ideologischen und politischen Problemen der Gegenwart stellen.

Die Formulierung dieser Sorge hat nichts mit dem moralinsauren Pathos neubürgerlicher Selbstbeweihräucherung á la Paul Nolte und anderer Volkserzieher der sich selbst so betitelnden Generation Reform zu tun, die intellektuelle Redlichkeit und Manneszucht anmahnen, um sich selbst als ideologische Regierungsflüsterer ins Rampenlicht zu positionieren. Sie hat etwas zu tun mit einem durchaus strukturkonservativen Appell an Redlichkeit des Urteils und Wahrhaftigkeit der Rede.

Dietmar Molthagen, Leiter eines Projekts gegen Rechtsextremismus bei der Friedrich Ebert Stiftung hat als politische Strategie gegen den Rechtsextremismus formuliert: Vertreibung der Rechten, Repolitisierung der Bevölkerung. Bei wohlwollender Interpretation dieses aus der Tradition sozialdemokratischer, besser jungsozialistischer, politischer Landschaftspflege abstammenden sperrigen Begriffs meint er wohl die Anmahnung, Obacht auf sein Verhalten und Sprache in dieser so oft beschworenen Zivilgesellschaft zu geben, sich selbst als politisches Wesen zu definieren und einzugreifen in die politische Sphäre. Das halte ich erstmal für richtig.

Nur wird die Sicht auf das Wesentliche verstellt, wenn diese Mahnung allein auf die Bevölkerung projiziert wird. Repolitisierung der Eliten auf allen Ebenen unseres Gemeinwesens ist vordringlich. Und: es kommt auf die Art der Politisierung an. Unpolitisch ist weder die NPD noch ihr Wahlvolk - im Gegenteil. Unpolitisch ist auch das feine Schweigen nicht, nicht das Verweigern von politischem Engagement, nicht die Flucht vor einem Standpunkt, die Lernverweigerung zur Erhaltung seiner Vorurteile sowieso nicht. Unpolitisch ist es auch nicht, dieser Veranstaltung eine kleine finanzielle Unterstützung zu verwehren, die wir von der Bürgerstiftung Bad Harzburg zur Entlastung unserer Unkosten erbeten hatten. Die Begründung lautete, die Stiftung sei unpolitisch. Das ist natürlich völliger Unsinn. Diese Aussage meint die politische Weigerung, dieser Veranstaltung als Akt der Selbstvergewisserung von Demokraten Unterstützung zu gewähren.

Wenn von Repolitisierung gesprochen wird, dann in dem Sinne, welche Inhalte, auch welche Form politischer Kultur rekonstruiert werden müssen, um den politischen Raum mit Handeln für die Freiheit zu füllen, wie sich Hannah Arendt ausdrücken würde.

Was will zum Beispiel der Bundestagspräsident Lammert erreichen, wenn er permanent und penetrant eine „Leitkultur der deutschen Schicksalsgemeinschaft“ einfordert?

Spätestens seit Kant besteht die Leitkultur der Aufklärung im Aufstieg der Menschen aus ihrer *selbstverantworteten* Unmündigkeit, besteht eine zentrale Aufgabe demokratischer Gesellschaft darin, nicht wieder in das Stadium des Manichäismus, des Götzendienstes zurückzufallen. Bekanntlich hatten die Meister aus Deutschland eben das in grausamer Gründlichkeit geschafft. Irrende Mythen, diffuse Ein- und Ausgrenzungen werden mit diesen Begriffen beschworen, ohne dass ihnen auch nur ein Jota Erkenntnis entspringen könnte.

Heraus springt etwas ganz anderes: in elendigem völkischen Nationalismus formen die Ideologen der radikalen Rechten solche Vorstellungen um. Da kann Herr Lammert noch so sehr rufen, das habe er nicht gemeint, natürlich nicht. Das nehme ich ihm unbesehen ab. Nur was soll das Hantieren mit dem Begriff Schicksalsgemeinschaft, der nichts anderes als Exklusion und Inklusion beschwört: Wir – wer immer das sei – und die anderen. Zur Analyse der Lage der politischen Kultur in unserem Land trägt dieses mythische Wort aber null und gar nichts bei. Man vergewissere sich in diesem Zusammenhang der Dimension von Schicksalsgemeinschaft und Leitkultur: Inklusion in und Ausschluss aus der Volksgemeinschaft war und ist das zentrale Element nationalsozialistisch-völkischer Ideologie in Vergangenheit und Gegenwart.

Scheinbare Kleinigkeiten im Umgang, Nachlässigkeiten beim Denken, unreflektierte Verwendung von Sprachbildern bis zur Lernverweigerung, Behinderung von Aufklärung, Verfälschung und Relativierung von Geschichte und Gegenwart beschreiben das Instrumentarium, mit dem demokratische Sitten aufgeweicht, unterhöhlt werden, bis sie erodieren. Dort platzen dann dummerhaftige, platte, Einfluss und Erlösung versprechende Rezepturen des Herrenmenschentums hinein, denen mit martialischem Auftreten ihr Wahrheitsanspruch geltend gemacht werden soll.

Sie platzen hinein in eine Sphäre des politischen Raumes, in dem zunehmend nicht politisches Handeln betrieben wird, sondern Politik als Politikersatz inszeniert wird - auf allen Ebenen vom Bundestag bis in die Kommune. Die politische Klasse - zumindest der penetrant sichtbare Teil von ihr - versteht sich zunehmend in narzisstischer Selbstdarstellung. Teile der Medien – und ich meine hier keineswegs nur das so oft gescholtene „Unterschichtenfernsehen“ und den Zeitungsboulevard - als so genannte vierte Gewalt

springen ihr bei, indem sie sich aus dem Medium der Kritik entfernen und in die Rolle von Parlaments- und Parteiberatungsorganen schlüpfen. Und gleichzeitig singen sie alle im Chor der Verwunderten, wenn die Wahlbeteiligung sinkt, wenn in Umfragen politische Lösungskompetenz angemahnt wird, wenn etwa 2006 nur noch 64 Prozent der Ostdeutschen und 85 Prozent der Bevölkerung im Westen Demokratie für die beste Staatsform halten (2000 lagen diese Werte noch bei 78 bzw. 92 Prozent).

Erschüttert zeigen sie sich bei den Wahlergebnissen der Rechtsradikalen, begleitet von einer gespielten Verwunderung. Gespielt deshalb, weil der Trend nach Rechtsradikal ja auch vor Wahlen bekannt ist, man sich etwa in Mecklenburg-Vorpommern hätte wundern müssen, wenn es die NPD nicht in den Landtag geschafft hätte. Dann hebt eine mitunter ehrlich gemeinte Ratlosigkeit an. Die Publikums- und Wählerbeschimpfung allerdings folgt auf dem Fuße. Doch diejenigen, die dann über die „politische Verwahrlosung“ lamentieren, meinen nicht ihre eigene politische Unkultur, sondern die Resignation, den Frust, die Perspektivlosigkeit der sowieso schon Degradierten. Politik als Schauspiel und Kabale wird weiter aufgeführt.

Wo bleibt das Positive?

In vielen Regionen der Republik regt sich die Zivilgesellschaft gegen rechts, sind Vereine und Initiativen organisiert in der Verteidigung politischer Freiheitsräume – oft chronisch arm an Mitteln und Personal, doch es gibt sie und sie wirken. Jede Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit, jeder Arbeitskreis im Bereich zeitgeschichtlicher Erinnerungsarbeit, jeder Heimatverein, der sich nicht nur der Volksmythenreproduktion hingibt, jede Unterrichtsstunde und jeder Volkshochschulkurs in Sachen Demokratie, auch die Lokalzeitung – und ich erwähne hier einige hervorragende Redakteure der GZ ausdrücklich – , die sich nicht scheuen, unbequeme und kontrovers diskutierte Gegenstände von öffentlichem Interesse zu thematisieren, sind Teil einer sich zu formierenden Gesellschaft freier und mündiger Bürger. Darauf kommt es an.

Vielleicht begreifen in diesem Zusammenhang dann irgendwann einmal Kommunen und Kreise, auch kommerzielle Vereinigungen oder Kulturstiftungen, dass ihre Verantwortung für das Gemeinwesen über Wirtschaftsförderung oder das Abhalten repräsentativer Jubiläumsfestivitäten und Volksfeste hinausgeht. Vielleicht begreifen die Träger von politischer, ökonomischer und kultureller Verpflichtung irgendwann, dass Gejammer über leere Kassen nicht immer ausgerechnet dann besonders laut ertönen muss, wenn es um die Gestaltung des politisch/kulturellen Raumes geht. Jede Investition in die Sicherung und den

Ausbau von demokratischer Alltagskultur verringert die Kosten für die Behebung der aus ihrer Nichtachtung entstehenden Schäden. Neben politiktheoretischer Überlegung sogar ein ökonomisches Argument.

¹ Vgl. Präsident des Niedersächsischen Landtages (Hg.), 1996: Abgeordnete in Niedersachsen 1946 – 1949. Biographisches Handbuch, Hannover. Im Vorwort der Bearbeiterin, Barbara Simon, heißt es zur Quellenlage: „Die vorliegende Arbeit basiert im wesentlichen auf den biographischen Angaben, die von den Abgeordneten zu Beginn jeder Wahlperiode dem Büro des Landtages und später der Landtagsverwaltung für die Veröffentlichung in den Handbüchern zur Verfügung gestellt wurden, ergänzende Unterlagen in den Handbüchern aus dem Landtagsarchiv sind einbezogen worden.“ Dass Quellenkritik elementarer Bestandteil von Quellenutzung sein muss, lernt jede(r) Student(in) einer geistes-/sozialwissenschaftlichen Ausbildung in den ersten Semestern. So kann man sich fragen, ob die Nichtüberprüfung der von den Abgeordneten zur Verfügung gestellten Quellen, fachliche Schlamperei oder politisch gewollt ist.

² Fritz Stern: Das feine Schweigen, in: ders., Das feine Schweigen. Historische Essays, München 1999, S. 173

³ Vgl. folgende jüngst veröffentlichte Studien: Oliver Decker, Elmar Brähler unter Mitarbeit von Norman Geißler im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2006: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin.

Wilhelm Heitmeyer, (Hg.) 2007: Deutsche Zustände. Folge 5, Frankfurt / Main.

Statistisches Bundesamt, 2006: Datenreport 2006. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland Auszug aus Teil II, S. 644- 653.

Zu diesen Studien: Peter Schyga: Auch »deutsche Zustände« haben eine Geschichte. Über die Zunahme der rechtsextremistischen Wltbilder in der »Mitte«, in: Kommune, 1/2007, 25. Jg., S. 29-31.

⁴ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) 2006: Abschlussbericht zur Umsetzung des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. CIVITAS, entimon, Berlin.